

Vorwort

Die Konturen einer europäischen Demokratie bleiben auch nach mehr als einem Jahrzehnt der Entdeckung und breiten wissenschaftlichen wie politischen Diskussion des europäischen Demokratiedefizits noch vage, derweil die normativen und begrifflichen Grundlagen ebenso umstritten sind wie die verfassungspolitische, institutionelle und sozio-politische Dimensionierung eines solchen Projekts. Aber auch im nationalen Kontext wird man konzedieren müssen, dass die normativen Kerngehalte, die prozeduralen Ausgestaltungsmöglichkeiten und die institutionellen Umriss demokratischer Systeme nicht nur vielschichtig, sondern gleichfalls umstritten sind. Das wird insbesondere dann ersichtlich, wenn man einerseits nach den Vermittlungsinstanzen, also nach spezifischen Interessenstrukturen und Akteuren fragt oder wenn man andererseits Funktionen und „Grenzen“ von Demokratie zu umreißen versucht und sich genötigt sieht, die Konturen von Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit oder etwa die Rolle von Öffentlichkeit zu bestimmen. Heidrun Abromeit hat sich in vielerlei Hinsichten kritisch mit den sozial- und politikwissenschaftlichen Projekten, Demokratie auf den Begriff zu bringen, auseinandergesetzt. Sie hat auf unterschiedlichen Ebenen der Reflexion (theoretisch-konzeptionell, modelltheoretisch, institutionell und ideengeschichtlich vergleichend) in demokratietheoretische Debatten eingegriffen, um die politisch-praktischen Konturen von Demokratie deutlicher hervortreten zu lassen. In diesem anspruchsvollen wie notwendigen Unternehmen hat sie zum einen die unterschiedlichen teildisziplinären Ebenen politikwissenschaftlicher Auseinandersetzung behandelt und sich zum anderen immer auch disziplinenübergreifend inspirieren lassen. Dabei hat sie sich schon in ihren frühen Schriften zu nationalen Demokratien, d.h. insbesondere zur Interessenvermittlung und zum Föderalismus, und in ihren neueren Schriften zur Demokratisierung der Europäischen Union von zwei Grundintuitionen leiten lassen: Erstens, dass der normative Kern von Demokratie über materiale Zielvorgaben und Leistungserwartungen an das System nicht ausgehöhlt werden darf; und dass, zweitens, dieser normative Kern darin besteht, dass das demokratische Subjekt, der einzelne Bürger, das Individuum die eigentliche demokratische Instanz und Legitimationsquelle ist und gegenüber dem institutionellen Herrschaftssystem effektive Mitbestimmungs- und Vetomöglichkeiten innehat. In Anerkennung dieses Bemühens und in Würdigung ihres langjährigen Schaffens möchten wir Heidrun Abromeit diese Festschrift widmen, deren Titel „Demokratie in Europa und europäische Demokratie“ programmatisch das Spektrum ihres Wirkens abbildet.

Der Band ist in mehrere Teile gegliedert. Der erste Teil „Sozialstaat, Interessen, Öffentlichkeit“ greift klassische „nationale“ Thematisierungsperspektiven auf und nähert sich der Beantwortung von drei nach wie vor dringlichen Fragen, die sich darauf beziehen, wie Demokratie sozialverträglich gestaltet werden kann, welche Formen der Interessenvertretung unter Strukturbedingungen moderner nationaler Demokratien angemessen sind und in welcher Gestalt Öffentlichkeit für Demokratie konstitutiv oder funktional ist. In den Beiträgen, die sich hier versammeln, werden uns wohl bekannte

Kernbestandteile demokratischer Systeme (Parteien, Verbände, Sozialpartnerschaft, Länder, Medien und Wahlen) gleichsam nach ihrer Aktualität und ihrem Strukturwandel hin untersucht, um entsprechend ihre (veränderte) normativen Funktionalität auszeichnen zu können.

Der zweite Teil „Europäisierung, Transnationalisierung, Globalisierung“ befasst sich zum einen in theoretischer und programmatischer Hinsicht mit der Frage, wie die normativen Gehalte von Demokratie jenseits des Nationalstaats gesichert werden können, und zum anderen mit der Frage, auf welchen Ebenen demokratische Mechanismen der Interessenvermittlung und Herrschaftskontrolle zu aktualisieren wären. Er versammelt entsprechend Beiträge zu Demokratisierungstendenzen jenseits des Nationalstaats auf drei Ebenen, der Ebene der grundbegrifflichen Klärung, der Ebene konzeptioneller Entwürfe und der Ebene konkreter Anwendungsperspektiven in einzelnen Politikbereichen, d.h. auf den Ebenen von *polity*, *politics* und *policies*.

Abschließend möchten wir als Herausgeber allen an der Erstellung dieses Bandes beteiligten Personen für die Hilfe und Unterstützung ganz herzlich danken. Unser Dank gilt ferner Moritz Röder, der uns zuverlässig und mit großem Engagement bei der Umwandlung der Texte in ein druckfertiges Manuskript geholfen hat.

Darmstadt, den 15. Mai 2005

Tanja Hitzel-Cassagnes
Thomas Schmidt

Geleitwort. Zur Geschichte der Politikwissenschaft in Darmstadt

Peter Nixdorff

Wenn Kollegen, Freunde und Weggefährten aus Anlass des 60. Geburtstages den Beitrag von Heidrun Abromeit zur Profilbildung des Instituts für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt würdigen, besteht auch Anlass zurückzublicken und die Vorgeschichte und Geschichte unseres Instituts nachzuskizzieren.

Je nach Blickwinkel oder Fokus kann man die Anfänge der Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt/Technischen Universität Darmstadt (THD/TUD) über 100 Jahre oder über 50 Jahre zurückverfolgen.

1. Betrachtet man die Geschichte des politikwissenschaftlichen Lehrangebots, so ist das Jahr 1890 ein markanter Einschnitt. In diesem Jahr wurde Otto Warschauer zum außerordentlichen Professor für Staatswissenschaft ernannt und hat in den folgenden Jahren mehrfach Vorlesungen unter dem Titel „*Geschichte des neueren Communismus*“ und „*Geschichte des Socialismus*“ angeboten. Darüber hinaus haben seit 1896 die Inhaber der *Professur für deutsche Sprache, Geschichte und Literatur* und seit 1898 der *Professur für Volkswirtschaftslehre* immer wieder Lehrveranstaltungen zu Themen mit politikwissenschaftlicher Relevanz angeboten (Schmidt 1963).

2. Dieses Lehrangebot wurde in den Jahren der Weimarer Republik deutlich ausgeweitet. So wurden schon seit 1919 Lehraufträge zu politikwissenschaftlichen Themen, so z. B. *Neuere Staatenkunde und Politik, Einführung in die Politik, Die politischen Parteien, Die moderne Demokratie, Außenpolitik, Internationale Politik, Die soziologischen Grundbegriffe, Soziologie der Gruppenbildung, Klasse, Partei, Stamm, Nation* angeboten.

Die Dozenten kamen aus der Staatswissenschaft, der Zeitgeschichte, der Philosophie, der Volkswirtschaftslehre, der Anthropologie oder – wie der Reichsminister a. D. Eduard David mit einem Lehrauftrag für *Wissenschaft der Politik* – aus der politischen Praxis.

3. Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 hatte folgende Auswirkungen auf das politikwissenschaftliche Lehrangebot der Hochschule:

- einige der mit politikwissenschaftlichen Lehraufträgen betrauten Dozenten stellten ihre Vorlesungen ein;
- andere Hochschullehrer verschwanden aus politischen oder rassischen Gründen aus dem Lehrkörper;
- eine dritte Gruppe hat ihr Lehrangebot „umgestellt“, was teilweise bereits aus den Titeln der Veranstaltungen hervorgeht.
- So tauchen z. B. Angebote mit folgenden Titeln in den Vorlesungsverzeichnissen auf (Schmidt 1963: 98): „Nordischer Geist“; „Philosophie der Rasse“; „Völkische Ethik“; „Erziehung zum volksorganischen Denken“; „Glaube und Vaterland“.

4. Der Beginn der Politikwissenschaft als durch Lehrstühle ausgestattete eigenständige akademische Disziplin beginnt mit der Entscheidung der hessischen Landesregierung, für das Haushaltsjahr 1949/50 in Darmstadt, Frankfurt und Marburg je einen Lehrstuhl für *Wissenschaftliche Politik* einzurichten (vgl. Schumann 1976/77).

Die Professur an der THD wurde 1951 mit dem politischen Publizisten Eugen Kogon, der in der Arbeit „*Der SS-Staat*“ die Strukturen der Konzentrationslager analysiert hatte, besetzt. Der allgemeine politische Bildungsauftrag der Professur im Sinne der Konferenzen von Waldleiningen (1949) und Königstein (1950) wird darin deutlich, dass sich die Lehrveranstaltungen Kogons zuerst an die Studierenden der Ingenieur- und Naturwissenschaften richteten. Erst in der zweiten Phase ging es dann um die Ausbildung von Lehrern des Faches Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien und beruflichen Schulen.

Das Fach Politikwissenschaft wurde von Eugen Kogon noch in seiner vollen Breite vertreten. Die Ausdifferenzierung in die Kernbereiche des Faches deutete sich in Umrissen in den Arbeitsschwerpunkten der wissenschaftlichen Assistenten an, die in der Folge auf Professuren berufen wurden (Robert H. Schmidt: Technische Hochschule Darmstadt; Ernst-Otto Czempel: Universität Marburg, dann Frankfurt; Peter Graf von Kielmansegg: Universität zu Köln, dann Mannheim; Gottfried Erb: Universität Gießen; Heinz Mosell: Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Koblenz).

Die Einrichtung und Ausweitung der Lehramtsstudiengänge war die Begründung für die Einrichtung des Lehrstuhls für Wissenschaftliche Politik II, der 1962 mit Arcadius R. L. Gurland besetzt wurde, der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt war und zwischenzeitlich einige Jahre am Berliner Forschungsinstitut für Politische Wissenschaften gewirkt hatte. Aus dem Kreis seiner wissenschaftlichen Assistenten wurden Rudolf Billerbeck an die Universität Bremen, Wolfgang Sauer an die University of California, Berkeley und Jürgen Seifert an die Universität Hannover berufen.

5. Mit der Emeritierung von Eugen Kogon (1968) und Arcadius Gurland (1972), der Novellierung der hessischen Hochschulgesetzgebung mit der Präsidialverfassung und der Wahl Helmut Böhmes zum ersten Präsidenten beginnt eine neue Phase für die Darmstädter Politikwissenschaft.

Neben den Berufungen Nachfolge Kogon (Hans-Gerd Schumann, 1969) und Nachfolge Gurland (Georg W. Strobel, 1975) wurden weitere Professoren berufen: Internationale Beziehungen – Beate Kohler (1972); Vergleichende Politikwissenschaft und politisches System der BRD – Peter Nixdorff (1972); Dritte Welt/Politische Bildung – Werner Treuheit (1974). Robert H. Schmidt wurde als Professor, Ralf-Rainer Lavies und Hans Setzer wurden als Dozenten berufen.

Mit der Einführung des Magisterstudienganges, der Gründung eines Instituts für Politikwissenschaft und der Berufung einer zweiten Generation von Wissenschaftlern, die in der Mehrzahl bereits als Politikwissenschaftler ausgebildet waren, teilweise auch in Großbritannien und den USA, wurde der Weg der Spezialisierung und Professionalisierung um einen wichtigen Schritt weitergeführt. Zumal durch die größere Zahl der Professoren und Dozenten wesentliche Kernbereiche des Faches durch einzelne Vertreter abgedeckt werden konnten.

Diese Phase endet mit der Entpflichtung Robert H. Schmidts (1986); der Emeritierung von Georg W. Strobel (1988); der Berufung von Beate Kohler-Koch nach

Mannheim (1990); dem Tod Hans-Gerd Schumanns (1991) und der Entpflichtung Werner Treuheits (1995).

6. Der Generationswechsel mit der Neubesetzung von vier der fünf Professuren des Instituts führt zu dem vorerst letzten großen Schritt in der Entwicklung des Instituts zu Exzellenz in Forschung und Lehre. Mit der Berufung von Michael Greven (1991) und – nach seiner Berufung nach Hamburg – Rainer Schmalz-Bruns (1996); Klaus-Dieter Wolf (1992); Heidrun Abromeit (1993) und Hubert Heinelt (1997) gelingt es der Hochschule, in der Disziplin aktive und renommierte Politikwissenschaftler/innen für die Bereiche Politische Theorie, Internationale Beziehungen, Vergleichende Analyse Politischer Systeme und Lokale Politik/Verwaltungswissenschaft zu gewinnen.

Alle sind bereits als Sprecher ihrer Sektionen oder Beirats-/Vorstandsmitglied in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) oder als Gutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in herausragender Funktion tätig gewesen. Dass nach Beate Kohler-Koch und Michael Greven mit Klaus-Dieter Wolf innerhalb weniger Jahre zum dritten Mal ein Kollege aus Darmstadt zum Vorsitzenden der DVPW gewählt wurde, ist eine eindrucksvolle Bestätigung des Weges, den das Darmstädter Institut für Politikwissenschaft beschritten hat.

Die Einführung eines der ersten BA/MA-Studiengänge in Politikwissenschaft bundesweit an der Technischen Universität Darmstadt bestätigt den erfolgreichen Weg in der Lehre.

Das Institut und der Fachbereich danken Heidrun Abromeit für ihren Beitrag zur Profilierung des Instituts in den vergangenen zehn Jahren. Es darf hier erwähnt werden, dass Heidrun Abromeit die älteste politikwissenschaftliche Professur innehat, die vor ihr Eugen Kogon (1951-1968) und Hans-Gerd Schumann (1969-1991) (vgl. Emig/Hüttig/Raphael 1992) konturiert haben. *Etatmäßig* ist der ordentliche Lehrstuhl für deutsche Sprache, Geschichte und Literatur, der 1868 mit Otto Roquette besetzt wurde, 1949 zum Lehrstuhl I für Wissenschaftliche Politik geworden (Schmidt 1963: 39). Insofern kann die Professur von Heidrun Abromeit bis auf eine der ersten ordentlichen Professuren zurückverfolgt werden, die dazu beigetragen haben, das Polytechnikum in Darmstadt in den Rang einer wissenschaftlichen Hochschule zu heben (Frhr. Von Aretin 1976/77: 146).